25 / 2012 www.sabine-baetzing.de 31.08.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
"Die Spiele sind eröffnet" - wow, ich habe immer noch Gänsehaut. Die Eröffnungsfeier der Paralympics in London war mehr als beeindruckend und ich hatte die große Ehre daran teilzunehmen. Als Mitglied des Sportausschusses im Deutschen Bundestag gehöre ich einer achtköpfigen Delegation an, die von Mittwoch bis Sonntag in London vor Ort ist, Wettkämpfe begleitet sowie Gespräche mit dem Deutschen Olympischen Sportbund und mit den Athletinnen und Athleten führt - aber auch zum politischen Austausch mit britischen Kollegen zusammentrifft.
Ein einmaliges Erlebnis. Als Berichterstatterin meiner Fraktion für den Behindertensport weiß ich, was die Athletinnen und Athleten unglaubliches leisten, dennoch ist das live-Erlebnis nochmal das "Sahnehäubchen".
Ich hoffe und wünsche mir, dass die Paralympics eine große mediale Öffentlichkeit erfahren, damit möglichst viele Menschen dieses Erlebnis mit uns teilen können. Herzlichst

eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Rentenbeitragssenkung – Das macht doch keinen Sinn!

Die Bundesregierung macht einen Fehler, die Senkung des Rentenbeitrags ist falsch. Laut einer Forsa-Umfrage sehen das 80 Prozent der Menschen so.
Politiker aller Parteien mit Ausnahme der FDP, sowie alle Sozialverbände teilen diese Meinung. Die Bürger haben verstanden, dass sie kaum etwas von der Beitragssenkung hätten. Die Entlastung wäre minimal, die künftigen Belastungen ungleich höher. Einzig Frau von der Leyen will mit Unterstützung der Wirtschaftsverbände die unsinnige Beitragssenkung durchsetzen.
Die Regierung agiert nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“. Die Beitragssenkung ist ein reines Wahlkampfgeschenk. Bezahlen müssten es die Menschen spätestens Ende des Jahrzehnts, wenn die Rentenbeiträge dann sprunghaft stärker steigen – was dann natürlich kräftig skandalisiert würde.
Frau von der Leyen sollte auf die Beitragssenkung verzichten. Mit einer simplen Gesetzesänderung wäre dies möglich. Dafür stehen wir zur Verfügung. Die Rücklagen der Rentenversicherung könnten dann über das bisherige Höchstmaß von 1,5 Monatsausgaben hinaus erhöht werden. So würde die Beitragsentwicklung stabilisiert und planbar, auch bei schlechterer Wirtschaftslage. Statt Beiträge zu senken, ist es sinnvoller für schlechte Zeiten zu sparen oder substanzielle Verbesserungen, beispielsweise im Kampf gegen Altersarmut oder bei der Erwerbsminderungsrente anzugehen.
Davon haben die Menschen in unserem Land mittelfristig mehr als von einer minimalen Entlastung.
Bei solchen Entscheidungen kann man den Eindruck gewinnen, dass schon das Geschenkpapier ausgepackt ist, um die Wahlgeschenke für die Bundestagswahl im nächsten Jahr einzupacken.
Die Bürgerinnen und Bürger durchschauen diese Strategie offensichtlich. Es wird schon spannend, was noch alles in die Wahlgeschenkekiste kommt.

International

Syrien – Deutschland und die EU sind jetzt gefordert!

Diese Woche trafen sich die Außenminister der Mitglieder des UN-Sicherheitsrats in New York, um über die sich zuspitzende Situation in Syrien und den Anrainerstaaten gemeinsam mit dem neuen Sonderbeauftragten Lakhdar Brahimi zu beraten. Doch der deutsche Außenminister, der ansonsten fast täglich seine Besorgnis über die Lage in Syrien äußert, fehlte. Dabei wäre gerade jetzt vor dem Hintergrund des dramatisch anschwellenden Flüchtlingsstroms in die angrenzenden Nachbarstaaten eine Teilnahme Guido Westerwelles an der Sitzung in New York dringend erforderlich gewesen. Vor allem die Nachbarländer Türkei, Jordanien, Irak und Libanon tragen bislang die Hauptlast des syrischen Flüchtlingsstroms. Laut UNHCR haben bereits mehr als 200.000 Syrer das Land verlassen. Und die Zahlen steigen weiter dramatisch an. Die Nachbarstaaten haben dafür bereits mehrere Hundert Millionen Dollar ausgegeben, um die syrischen Flüchtlinge aufzunehmen. Sie sind längst an die Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit gelangt.
Jetzt sind auch Deutschland und die EU gefordert, aktiver als bislang zu helfen. Zum einen muss den unmittelbaren Nachbarstaaten mehr Unterstützung gewährleistet werden als bislang, zum anderen werden auch die EU-Staaten nicht darum herumkommen, selber Flüchtlinge aufzunehmen. Ein koordiniertes Vorgehen innerhalb der EU ist dringend geboten.
Eine Konzentration auf christliche Flüchtlinge, wie aus den Reihen von CDU/CSU vorgeschlagen, ist jedoch das völlig falsche Signal. Eine Einteilung in bevorzugte und weniger erwünschte Flüchtlinge darf es nicht geben. Wer verfolgt wird, dem muss Schutz geboten werden – unabhängig von seiner Religionszugehörigkeit. Noch kann eine humanitäre Katastrophe abgewendet werden. Dies setzt aber entsprechenden politischen Willen und Entschlossenheit voraus. Beides ist bei der Bundesregierung leider nur eingeschränkt wahrzunehmen.

Sabines Woche Infoservice

Familie

Betreuungsgeld – Nicht im Einklang mit der Verfassung!

Die Diskussion um das Betreuungsgeld kommt nicht zur Ruhe. Das Gutachten, dass unsere Bundestagsfraktion in Auftrag gegeben hat spricht eine deutliche Sprache:
Der Betreuungsgeldgesetzentwurf widerspricht Verfassungsrecht. Zu diesem Ergebnis kommt der Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Wieland in seinem Gutachten, das jetzt veröffentlicht wurde. Sollte der Gesetzentwurf verabschiedet werden, wird unsere Bundestagsfraktion eine Klage vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe anstreben.
Das Betreuungsgeld verstößt in vierfacher Hinsicht gegen unser Grundgesetz:

1. Das Betreuungsgeld schafft einen Anreiz für Eltern, ihr Kind nicht in eine öffentlich geförderte Kinderbetreuung zu geben. Damit verletzt das Betreuungsgeld das Gebot, dass – nach Artikel 6 Absatz 1 Grundgesetz – die Ausgestaltung der Kinderbetreuung Angelegenheit der Eltern ist und der Staat in diese Entscheidung nicht lenkend eingreifen darf.

2. Das Betreuungsgeld steht im Widerspruch zum Allgemeinen Gleichheitssatz. Familien, die ein staatliches Angebot wie Kitas nicht in Anspruch nehmen, dürfen nicht besser gestellt werden als Familien, die Kitas für ihre Kinder nutzen. Eine solche Regelung stellt unser gesamtes System der öffentlichen Infrastrukturfinanzierung auf den Kopf.

3. Die vorgesehene Regelung führt dazu, dass Eltern mit 13 und 14 Monaten alten Kindern zum Teil Betreuungsgeld bekommen, zum andern Teil nicht – und das bei ansonsten gleichen Bedingungen. Auch das verstößt gegen den Gleichheitssatz.

4. Und schließlich ist es unvereinbar mit dem staatlichen Gleichstellungsgebot. Danach ist der Staat verpflichtet, mit positiven Maßnahmen die Gleichstellung von Frauen zu fördern – mit dem Betreuungsgeld tut die Bundesregierung das Gegenteil: Sie verfestigt traditionelle Rollenbilder.

Europa

Eurokrise – In der Regierung streitet jeder gegen jeden!

Die Krise in der Eurozone macht es offensichtlich: Der Koalitionsstreit über das weitere Vorgehen wird nun nicht mehr nur zwischen, sondern auch innerhalb der Regierungsparteien ausgetragen. Den außenpolitischen Schaden, der Deutschland aus dem Gezänk erwächst, hat Frau Merkel sich selbst zuzuschreiben: Wer nicht mit offenen Karten spielt, der kann auch anderen keine Orientierung bieten. An der ganzen Misere ändert auch ihr Versuch eines Machtwortes nichts. Bei der Führung der Koalition zeigt die Kanzlerin die selbe Schwäche wie stets in der bisherigen Krise: Sie reagiert zu spät und zu halbherzig. So wird Merkel ihre Koalitionäre nicht in den Griff bekommen.

Bonbon

„Wer eine Rücktrittsforderung gegen einen Ministerpräsidenten eines Landes wirklich ernst meint, twittert dies nicht und bleibt nicht am Strand in Südeuropa in der Sonne liegen."

(Hendrik Hering, SPD)

Frauen

Flexi-Quote – Mit Freiwilligkeit funktioniert das nicht!

Der Leitantrag des CDU-Bundesvorstands zur freiwilligen Flexi-Quote ist eine Mogelpackung. Schon vor mehr als zehn Jahren haben sich die Unternehmen freiwillig verpflichtet, mehr Frauen in Führungspositionen aufzunehmen. Passiert ist praktisch nichts. Ein Drittel der 160 Unternehmen in den DAX-Indizes der Deutschen Börse hat keine einzige Frau in ihren Führungsgremien, weder im Vorstand noch im Aufsichtsrat. Es ist ein Irrweg, wenn die CDU weiterhin auf eine freiwillige Quote setzt, deren Nichtbeachtung keine Folgen hat.
Den richtigen Weg weist unsere Bundestagsfraktion mit ihrem Gesetzentwurf zur Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen in Wirtschaftsunternehmen.

Mitbestimmte und börsennotierte Unternehmen müssen ab dem Jahr 2015 eine 40-Prozent-Quote in Vorständen und Aufsichtsräten einhalten. In einem ersten Schritt ab 2013 müssen Vorstände eine Quote von 20 Prozent und Aufsichtsräte eine Quote von 30 Prozent einhalten. Für Unternehmen hat es nach unserem Konzept Konsequenzen, wenn sie die Führungsgremien nicht quotengerecht mit Frauen besetzen.

Bleibt ein Unternehmen unter der Quote, bleiben Vorstandsstühle unbesetzt. Falls dadurch ein Vorstand nicht geschäftsführungs- und vertretungsbefugt ist, muss ein Gericht Vorstandsmitglieder bestellen – unter Beachtung der Quote. Ist ein Vorstand ein Jahr lang unterbesetzt, verliert er seine passive Vertretungsmacht. Diese übernimmt der Aufsichtsrat. Gelingt eine quotengerechte Besetzung der Aufsichtsräte nicht, müssen die für das unterrepräsentierte Geschlecht reservierten Stühle ebenfalls frei bleiben.

Bleibt ein Aufsichtsrat ein Jahr lang unterbesetzt, verliert er seine Beschlussfähigkeit. Dann obliegt der Hauptversammlung die quotengerechte Vervollständigung. Bei mitbestimmten Unternehmen müssen sowohl die Arbeitnehmerbank als auch die Aktionärsbank die Quote erfüllen.

Die Zeit drängt, denn 2013 werden viele Aufsichtsräte neu gewählt. Nur wenn vorher eine wirkungsvolle gesetzliche Regelung im Deutschen Bundestag verabschiedet wird, können viele kompetente Frauen neu in die Aufsichtsräte einziehen.

Termine

01.09.12	**ganztags**	**Paralympics London**
02.09.12	**ganztags**	**Paralympics London**
03.09.12	**10.00 Uhr**	**Kirmes Rheinbrohl, Römersaal**
	19.00 Uhr	**Demografie-VA, Betzdorf**
04.09.12	**ganztags**	**Klausur mit Büroteam**
05.09.12	**ganztags**	**Klausur mit Büroteam**
06.09.12	**10.00 Uhr**	**Eröffnung Jahrsfelder Markt, Straßenhaus**
07.09.12	**09.00 Uhr**	**Klausur SPD-Bundestagsfraktion, Berlin**
	19.30 Uhr	**SPD Betzdorf, Ehrungsabend**